

Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft

Einführung in die Zentrum-Peripherie-Strukturen (in) der (erweiterten) Europäischen Union - VO

Univ. Doz. Dr. Arno Tausch

SS 2004

Abgabe: 06.2004

Thema

Der Aufnahmeprozess der Türkei in die EU

Seminararbeit

Christof Hinterplattner, 9756601
Rennweg 58/7
1030 Wien

a9756601@unet.univie.ac.at

Übersicht:

1. Einleitung
2. Der lange Weg der Türkei in Richtung Europäische Union
 - 2.1 Die Europäische Union beginnt zu zögern
 - 2.2 Wichtige Reformen
 - 2.3 Die politischen Kriterien von Kopenhagen
 - 2.4 Die innenpolitische Lage der Türkei zur EU
 - 2.5 Die offizielle Haltung der EU
3. Geopolitische Lage und mögliche Strategien
 - 3.1 Wo liegt die Türkei?
 - 3.2 Alternativen für die Türkei zur EU
 - 3.3 Paktbildung im Süd-Osten

1. Einleitung

Kaum ein Thema der letzten Jahre beschäftigte die öffentliche, politische und mediale Wahrnehmung in der Europäischen Union so emotional wie die Frage, ob die Türkei als Vollmitglied in die Gemeinschaft aufgenommen werden soll, oder nicht. Auch für den Verfasser dieses Textes war es anfangs schwierig sich ein Bild von der Situation zu machen. Es darf angenommen werden, dass dieses Thema bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vor allem von populistischen Wahlkämpfern zur Polarisierung und Meinungsmache verwendet wird. Dies ist deswegen prekär, weil dem Europaparlament in der Frage der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen keine Mitwirkungsrechte zukommen. Das alleinige Entscheidungsorgan ist der Rat, auf Grundlage einer Empfehlung der Kommission, über die sich dieser aber hinwegsetzen kann.

Den bilateralen Beziehungen mit der Türkei wird der Wahlkampf wahrscheinlich keinen Schaden zufügen, jedoch wird man erst sehen, welche verbalen Geschütze aufgefahren werden, und ob diese nicht eine nachhaltige Verstimmung des Beitrittsprozesses bedingen. Jedenfalls sind die humanitären, wirtschaftlichen und politischen Bemühungen der Türkei über die letzten Jahrzehnte nicht einfach so vom Tisch zu wischen, die Frage ist nur ob die Regierenden ihre intensiven Reformpläne auch weiterhin demokratisch vorantreiben können, zumal sie von europäischer Seite bislang nur wenig „Handfestes“ zugesichert bekamen und der innenpolitische Druck der fundamentalen Kräfte nicht geringer wird.

Nach und nach mehren sich europäischen Spitzenpolitiker die sich gegen den Beitritt der Türkei aussprechen, nicht mehr nur konservative Parteien, sondern auch zunehmend sozialistische.

Diese vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Weg der Türkei in Richtung EU, mit der Haltung und den Perspektiven die von offizieller Seite zugesichert werden und einer möglichen Exit-Strategie für die Türkei, einem sich möglicherweise neu formierenden Blocks rund um das Kaspische Meer.

2. Der lange Weg der Türkei in Richtung Europäische Union

"Friede daheim und Friede in der Welt" - so lautete das Motto, mit dem die neu gegründete Türkische Republik in den 1920er Jahren ihren Weg in die Völkergemeinschaft suchte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehörte die Türkei zu den Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen (1945), des Weiteren folgten der Beitritt zur NATO und die Mitgliedschaft im Europarat (1952). Während der 1950er Jahre knüpfte die Türkei besonders enge Beziehungen zu den USA, von denen sie enorme wirtschaftliche und militärische Hilfeleistungen erhalten sollten. 1963 unterzeichnete die Türkei zudem ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), auch bekannt als „der Vertrag von Ankara“.¹

In der Folgezeit war die Westorientierung der Türkei jedoch innenpolitisch längst nicht mehr unumstritten. So wurde nicht nur die vollständige politische Integration in Frage gestellt, es begann auch eine Diskussion über die wirtschaftliche Bandbreite. Auf der einen Seite meinten die Befürworter, dass die Assoziierung mit der EWG die heimische Industrie ankurbeln würde, während die Gegner auf der anderen Seite genau das Gegenteil befürchteten, nämlich den Ruin der türkischen Wirtschaft. 1978 entschied der damalige türkische Regierungschef Bülent Eçevit, die Beziehungen zwischen der Türkei und der EG für fünf Jahre einzufrieren. Der absolute Tiefpunkt im Verhältnis zwischen beiden Seiten war erreicht. Erst nach dem Militärputsch von 1980 versuchte Ministerpräsident Turgut Özal die Beziehungen der Türkei zu Europa wieder neu zu beleben.

2.1 Die Europäische Union beginnt zu zögern.

Die Partnerschaft zwischen beiden Seiten gestaltete sich von nun an weitaus schwieriger als von türkischer Seite anfangs erwartet. Während weite Kreise der türkischen Politik und Wirtschaft die Schritte in Richtung Öffnung und Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft

¹ vgl.: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=9&land_id=176

befürworteten, fiel die Reaktion in den EG-Mitgliedstaaten eher verhalten aus. Die Türkei hatte am 14. April 1987 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt, der jedoch vom EG-Ministerrat am 5. Februar 1990 negativ beschieden wurde. Als Grund wurde genannt, die EG könne aufgrund der bevorstehenden Realisierung des Binnenmarktes zunächst keine weiteren Beitrittsverhandlungen aufnehmen². Für Unzufriedenheit auf türkischer Seite sorgte, dass die Zahlung der Finanzhilfen, die 1981 festgelegt worden waren, insbesondere durch das Veto Griechenlands nicht erfolgten. Der Annäherungsprozess wurde jedoch fortgesetzt. Die bereits 1990 anvisierte Zollunion wurde am 6. März 1995 vertraglich festgelegt und am 13. Dezember 1995 vom Europäischen Parlament bestätigt, so dass sie am 1. Januar 1996 in Kraft treten konnte.³

2.2 Wichtige Reformen

Mit der damaligen Absage an die Türkei, diesem Land nicht einmal den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren wurden die Bemühungen der Türkei seit den Jahren ab 1980 quasi ignoriert. Dabei waren die Reformschritte durchaus beachtliche: Die Todesstrafe wurde abgeschafft, der Präsident des Landes forderte ein hartes Durchgreifen gegen die Korruption, und in einer einzigartigen Reformanstrengung wurden erstmals in der Geschichte des Landes den Kurden Minderheitenrechte zugestanden.⁴ Ein gewaltiger Kraftakt, gerade von türkischer Seite, machte es schließlich möglich, dass am 1. Januar 1996 eine Zollunion zwischen der EU und der Türkei in Kraft trat. Diese Union ermöglicht es der Türkei nun, am Europäischen Binnenmarkt teilzunehmen. Dennoch sprach sich der Europäische Rat im Dezember 1997 in Luxemburg dagegen aus, die Türkei in die Reihe der "Kandidaten" aufzunehmen. Die Absage führte während des Gipfels und auch einige Zeit danach zu einer diplomatischen Krise. Die politische Führung der Türkei beschloss, aufgrund der Ungleichbehandlung den politischen Dialog mit der EU abubrechen, und blieb bei dieser Entscheidung derart konsequent, dass sie sich auch nicht auf eine eigens für sie konstruierte Form der EU-Konferenz einließ, an der sie mit einem Sonderstatus teilnehmen sollte.⁵ Um die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU sowie die Zollunion zu vertiefen, ließ die EU-Kommission eine "Europäische Strategie für die Türkei" vorbereiten. Sie sah vor allem die Intensivierung der Beziehungen in verschiedenen Wirtschaftssektoren vor.

² vgl. Cigdem Akkaya/Yasemin Özbek/Faruk Sen, Länderbericht Türkei, Darmstadt 1998, S. 91.

³ Vgl. Cigdem Akkaya/Yasemin Özbek/Faruk Sen, Länderbericht Türkei, Darmstadt 1998, S. 92

⁴ Tausch, Arno: Die Türkei, die islamische Welt die Zukunft Europas. Ein Lehrstück zur US-Außenpolitik im 21. Jahrhundert, S. 13

⁵ Sen, Faruk: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel; erschienen in: Die Türkei zu Beginn der EU-Beitrittspartnerschaft – Aus Politik und Zeitgeschichte, 2001

2.3 Die politischen Kriterien von Kopenhagen

Grundsätzlich gelten für die Türkei dieselben Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wie sie für die neuen Beitrittsländer während ihrer Bemühungen um Aufnahme galten. Der Gipfel von Kopenhagen beschloss 1993 die so genannten „Kopenhagener Kriterien“, nach denen Beitrittsstaaten bewertet werden.

Sie lauten kurz gefasst:

- **Politischen Kriterien:**

Realisierung der institutionellen Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie für den Schutz von Minderheiten.

- **Wirtschaftlichen Kriterien:**

Eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, funktionsfähige Verwaltungen und ein konsequenter Kampf gegen die Korruption.

- **Administrativen Kriterien:**

Die Übernahme der aus einer Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen und Ziele der politischen Union und der Währungsunion. Das bedeutet Übernahme des gesamten Rechtsbestandes der Union, des so genannten „acquis communautaire“⁶ in die nationale Gesetzgebung. Zurzeit sind dies etwa 80.000 Seiten an Verordnungen und Richtlinien.

2.4 Die innenpolitische Lage der Türkei zur EU

Mit der Benennung der Türkei als EU-Beitrittskandidat auf dem Gipfel in Helsinki am 10./11. Dezember 1999 brach in der Türkei, vor allem im Norden und Westen des Landes, eine regelrechte EU-Euphorie aus. Eine breite Bevölkerungsmehrheit, die politischen Akteure, fast die gesamte Medienlandschaft so wie große Teile der Gesellschaft wurde von der pro-westlichen Stimmung erfasst. Die Anerkennung als Beitrittskandidat bezeichnete Ministerpräsident Ecevit als "historisches Ereignis". Lebhaftige Diskussionen waren die Folge, optimistische Beobachter versuchten einen Beitrittstermin 2004 als realistisch erscheinen zu lassen, andere wiederum hielten ein Datum vor 2010 - 2015 für unwahrscheinlich. Zur Unterstützung des Heranführungsprozesses und der notwendigen Reformmaßnahmen erhält die Türkei seit dem Jahr 2000 Vorbeitritts-hilfen der Europäischen Union. Für den Dreijahreszeitraum 2000 - 2002 wurden jährlich € 177 Millionen an Zuschüssen unter anderem zur Vertiefung der Zollunion mit der EU sowie zur Förderung der wirtschaftlichen

⁶ Gemeinschaftlicher rechtlicher Besitzstand, der das gesamte Primär- und Sekundärrecht der EU betrifft.

und sozialen Entwicklung der Türkei zur Verfügung gestellt.⁷ Die Türkei muss sich nun formell an den Kriterien von Kopenhagen messen lassen und die Umsetzung dieser wird, zumindest technisch, die rationale Grundlage für weitere Argumentation sein. Das Ziel der Vollmitgliedschaft ist genereller Konsens der Parteien die derzeit an der Koalitionsregierung beteiligt sind. Die Einhelligkeit hierbei wird jedoch in dem Punkt getrübt, wo es um einzelne konkret umzusetzende Reformen geht. Am 31. Juli 2003 gelang mit der Verabschiedung des so genannten 7. EU-Anpassungspaketes durch das Türkische Parlament ein weiterer Meilenstein der türkischen Politik und ein deutliches Signal in Richtung der Entscheidungsträger in der Europäischen Union. Vor allem die Reform des Nationalen Sicherheitsrates (NSR) wurde international beachtet. Durch zwei Gesetzesänderungen kommt den Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates künftig de facto nur noch eine beratende Funktion zu und diese beinhaltet nur Aspekte der nationalen Sicherheitspolitik. Die Koordination zwischen Nationalem Sicherheitsrat und Ministerpräsidenten kann einem stellvertretenden Ministerpräsidenten überantwortet werden. Der Generalsekretär dieses Gremiums, bisher ein vom Militär bestimmter Vier-Sterne General, soll zukünftig durch einen Zivilisten ersetzt werden.⁸ Des Weiteren wurde die Neuordnung des türkischen Rechnungshofes, Reformen im Vereinsrecht, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht, das Jugendstrafgesetz, Religions- und Pressefreiheit sowie die Ächtung der Folter und viele mehr, beschlossen. Ein 8. Anpassungspaket ist bereits in Vorbereitung und soll im wichtigen Jahr 2004 die Türkei als reformwilliges und demokratisches Land darstellen. Die türkische Politik hat bisher vieles unternommen um die Türkei auf EU-Kurs zu bringen, entscheidend ist jetzt mehr als je zuvor die Umsetzung. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Türkei in Richtung eines demokratischen Staates wird aber letztlich die weitere Vorgehensweise der EU 25 sein. Die durch die zahlreichen Reformen deutlich geschwächten Militärs und fundamentalistischen Kräfte sind zurzeit aufgrund der Pro-EU Haltung der Mehrheit der TürkenInnen ruhig, sollte die Aufnahme aber auf unbestimmte Zeit verschoben werden, und damit die Reformbestrebungen nicht honoriert werden, könnte die Stimmung kippen und die Türkei wieder zurückfallen. Ministerpräsident Erdogan geht in einem Interview mit der FAZ davon aus, dass spätestens Ende 2004 mit Beitrittsverhandlungen begonnen werden wird.⁹

⁷ Tausch, Arno: Die Türkei, die islamische Welt die Zukunft Europas. Ein Lehrstück zur US-Außenpolitik im 21. Jahrhundert, S. 22

⁸ vgl.: Länderberichte der Konrad Adenauer Stiftung, 11.08.2003; http://www.kas.de/publikationen/2003/2298_dokument.html

⁹ <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E6BA9E898BA3F438183A9D3567A04B691~A Tpl~Ecommon~Scontent.html>

2.5 Die offizielle Haltung der EU

Es gibt nur wenige europäische Spitzenpolitiker die zur Frage des Beitritts der Türkei klar Stellung beziehen. Als dankbare „Ausrede“ dient hier meist die Arbeit der Fachleute in den Gremien und die regelmäßigen Berichte, die jeder gerne für sich und sein Klientel zu interpretieren weiß. Die Europäische Kommission erstellt regelmäßige Berichte über die Entwicklung von potenziellen Beitrittswerbern. Dies geschieht auch im Falle der Türkei, der jüngste Fortschrittsbericht erschien im November 2003.¹⁰ Es werden insbesondere die großen Bemühungen um Reformen im Justizsystem hervorgehoben: „Zusammengenommen leisten diese Reformen ein Großteil der Arbeit an den Fundamenten für die Stärkung der Demokratie und der Schutz der Menschenrecht in der Türkei. Sie ebnen den Weg für weitere Veränderungen, die die türkischen Bürger allmählich in den Genuss vergleichbarer Rechte und Freiheiten bringen sollen, wie sie in der Europäischen Union gelten.“¹¹ Vor allem die vier großen Reformpakete aus dem Jahr 2002 und deren Umsetzung werden explizit hervorgehoben. Dies deswegen weil hier innenpolitisch heikle Fragen wie Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, kulturelle Rechte und die zivile Kontrolle über das Militär geregelt wurden. Jedoch wird weiter unten angeführt, dass die Reformen zwar beschlossen seine, es aber bei der konkreten Umsetzung noch Bedenken gibt: „Allerdings zeitigten die Reformen trotz einiger positiver Entwicklungen vor Ort praktisch nur begrenzte Auswirkungen. Die Umsetzung erfolgte bisher langsam und uneinheitlich“.¹² Die politischen Kriterien von Kopenhagen gelten zurzeit noch nicht als erfüllt, noch immer zeigen Menschenrechtsorganisationen zahlreiche Verstöße wie Folter, gravierende Benachteiligung von Minderheiten oder die Ausübung der Religionsfreiheit sowie generell eine sehr eingeschränkte Meinungsfreiheit auf. Die EU-Kommission drängt aber nicht auf den guten Willen sondern auf die Erfüllung der Kriterien, diese müssten im alltäglichen Leben ankommen, das heißt in der Praxis zur Anwendung kommen und umgesetzt werden. „Um zu gewährleisten, dass die türkischen Bürger Menschenrechte und Grundfreiheiten nach europäischen Standards genießen können, sollte die Türkei die vollständige und wirksame Umsetzung der Reformen gewährleisten.“¹³

¹⁰ http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/pdf/strategy_paper2003_full_de.pdf

¹¹ ebd.: S. 15

¹² ebd.: S.17

¹³ ebd.: S. 150

3. Geopolitische Lage und mögliche Strategien

Im Dezember muss im Europäischen Rat der EU die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fallen. Mit diesem Beschluss wird die entscheidende Weichenstellung für das Land am Bosphorus fallen. Entweder wird eine Absage für lange Zeit erteilt oder aber die künftige praktisch zugesichert. Damit rückt die geopolitisch-strategische Größe der Türkei zwischen Europa und Asien in das Zentrum der europäischen Politik. Die Stabilisierung der Lage im östlichen Mittelmeerraum werde sich ohne eine partnerschaftliche Kooperation mit der Türkei wahrscheinlich nicht verwirklichen lassen. Eine militärische Anwendung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU zur Krisenbeherrschung und Intervention gegen Bedrohungen auf der südöstlichen Peripherie Europas ist ohne die Mitwirkung der Türkei ausgeschlossen, ebenso wie militärische Operationen der Nato. Die USA sehen das Land als Modellfall für eine islamische Demokratie. Als Vorposten der Nato zum arabischen Raum und Kaukasus ist die Türkei zudem strategisch für die US-Regierung unentbehrlich.¹⁴ In der Zeit des Kalten Krieges diente die Türkei als einziges Allianzmitglied mit gemeinsamer Grenze zur Sowjetunion als „Südostpfeiler“ und „Riegel“ gegen ein mögliches sowjetisches Vordringen im Mittelmeerraum.¹⁵ Diese Rolle ist seit der Überwindung des Ost-West-Konflikts für die Türkei nur mehr in begrenztem Maße zu erfüllen, die besondere geografische Lage lässt diesem Land aber nach wie vor eine Schlüsselrolle in einer unstablen Region zukommen. Aus europäischer Sicht ist eine enge sicherheitspolitische Kooperation mit der Türkei für eine Stabilisierung im so genannten „Krisendreieck“ Balkan, Naher Osten und Kaukasusregion von enormer Bedeutung. Auch die Entwicklung rund um das Kaspische Meer mit seinen gigantischen fossilen Rohstoffvorkommen darf nicht außer Acht gelassen werden.

3.1 Wo liegt die Türkei

Geografisch gesehen liegt die Türkei nur mit einem kleinen Teil seiner nationalstaatlichen Fläche in Europa. Eines der zentralen Argumente der europäischen Politiker die einen Beitritt der Türkei verhindern wollen ist, dass nur 3% der Landmasse in Südosteuropa liegen hingegen 97% in Südwestasien. Die Türkei hat gemeinsame Außengrenzen mit Griechenland (206km) und Bulgarien (240km) im Westen, Georgien (252km), Aserbajjan (9km), Armenien (286km) und Iran (499km) im Osten, sowie Irak (352km) und Syrien (822km) im Süden.¹⁶

¹⁴ Tausch, Arno: S. 5

¹⁵ Brill, Heinz: Die geopolitische Lage der Türkei im Wandel, Von der Südostflanke der NATO zur eurasischen Regionalmacht? ÖMZ, März / April 1998 (36. Jg. Heft 2), S. 113

¹⁶ vgl.: CIA: The World Factbook 2003, <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/tu.html>, 13.05.2004

Besondere Bedeutung kommt der Türkei insbesondere deswegen zu, weil sie mit einer Küstengrenze von 7.200km (Schwarzes Meer zwischen Bulgarien und Georgien, sowie die Ägäis und das Mittelmeer zwischen Griechenland und Syrien).¹⁷ Damit kontrolliert die Türkei die strategisch wichtigen Routen des Bosphorus und der Dardanellen, und somit den gesamten Seeverkehr vom Mittelmeer nach Kaukasien und zur russischen Schwarzmeerküste.

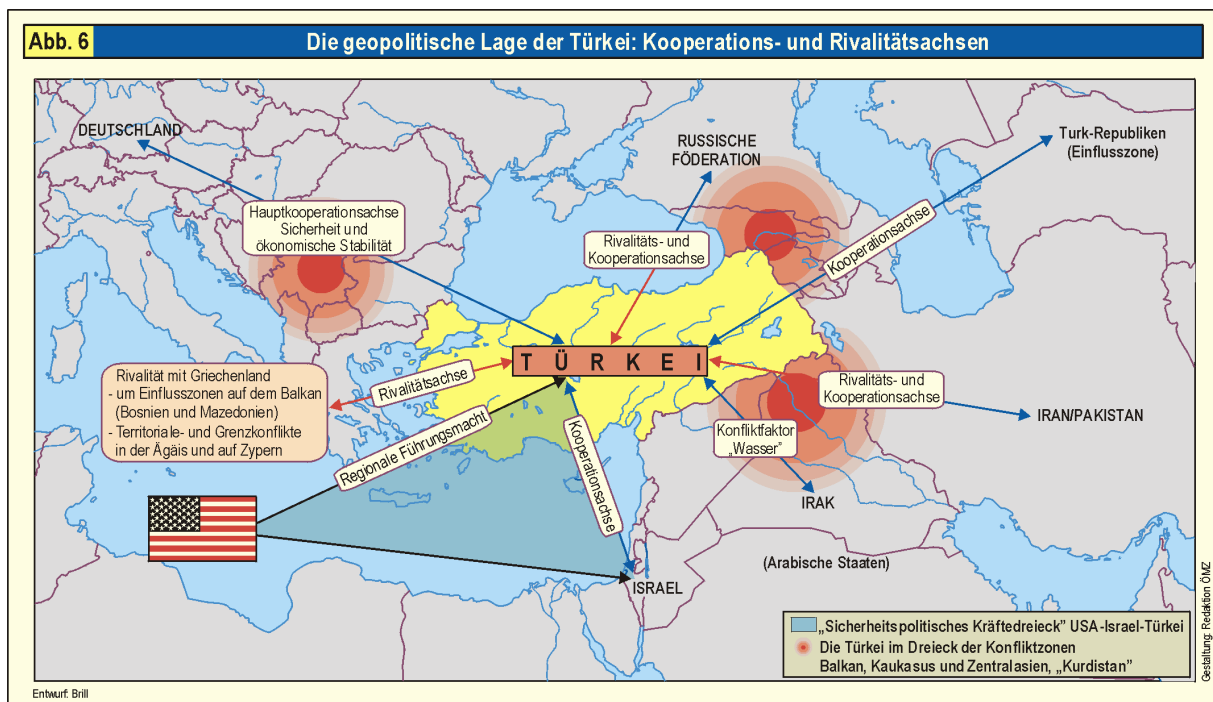


Abbildung 1: Die geopolitische Lage der Türkei¹⁸

3.2 Rohöl aus dem Kaspischen Meer als Trumpf für die Türkei

Nach wie vor ist Öl eine mächtige „Eintrittskarte“ um von westlichen Mächten als Partner hofiert zu werden. In der Region rund um das Kaspische Meer werden die größten Ölreserven der Welt vermutet (159 Milliarden Fass) und große anglo-amerikanische Konzerne¹⁹ unternehmen große Bemühungen, das schwarze Gold zu heben und noch wichtiger, es über sichere Pipelineverbindungen zu internationalen Seewegen zu bringen. Die steigende Autonomie der kaspischen Staaten erlaubte am Ende der 1990er Jahre ein zunehmendes Engagement internationaler Firmen zur Erschließung der Energiereserven in der Region. Westliche Ölkonzerne brachten allein bis 1996 in Aserbeidschan mehr als 13 Mrd. Dollar in Förderprojekte ein. In Kasachstan waren es sogar weit mehr als 20 Mrd. Dollar. Ein

¹⁷ ebd.

¹⁸ Österreichische Militärzeitschrift, <http://www.bmlv.gv.at/omz/galerie.php?id=20>, (09.05.2004)

¹⁹ vgl.: Tausch, Arno S. 6

wesentliches Ziel ist, und das trifft sich mit den Interessen der mittelasiatischen Staaten und denen des Kaukasus, das Transportmonopol Russlands um jeden Preis zu brechen. Dies kann aber nur mit zusätzlichen Pipelines gebrochen werden, weil die kaspische Region keinen natürlichen Zugang zu den Weltmeeren hat. Alle Staaten der Region sind außerdem an der Durchleitung von Öl und Gas über ihr eigenes Gebiet interessiert. Es geht schließlich um hohe Gebühreneinnahmen und den Einsatz der Durchleitungsrechte als politisches Druckmittel. Dreh- und Angelpunkt der US-Strategie war es deshalb, nach Georgien auch Aserbeidschan für sich zu gewinnen. Aserbeidschan ist gewissermaßen das Portal, über das der Zugang zu den Öl- und Gasschätzen in der kaspischen Region kontrolliert werden kann. Von dort soll eine Ölpipeline von Baku über Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan gebaut werden. Dann stünde dem Westen, vor allem der USA, eine eigene und durch das NATO-Mitglied Türkei militärisch abgesicherte Versorgungsmöglichkeit offen.²⁰ Zu diesem Projekt



haben die weltweit größten Ölkonzerne Chevron, Mobil und Shell eine Machbarkeitsstudie finanziert. Eine entsprechende Übereinkunft wurde im Dezember 1998 in Washington im Beisein des US-Energieministers unterzeichnet. Der Iran, auch Anrainer des Kaspischen Meeres, sieht sich als natürliche islamische Vormacht der Region und bietet sein gut ausgebautes Pipelinenetz als ideales Transportmittel an. Die kürzeste und sicherste Route für eine Pipeline führt von Baku nach Täbris im Iran und von dort

Abbildung 2: Geplante Pipelineroute Baku - Ceyhan²¹

weiter zum Persischen Golf. Durch die Einigung über den Bau der Ölpipeline nach Ceyhan haben sich die USA durchgesetzt. Sie lehnen bislang eine Alternativroute über den Iran aus Sicherheitsgründen ab, auch deswegen, um den Iran in der Kaspischen Region zu isolieren.²² China hat mittlerweile Japan als zweitgrößten Ölimporteur nach den Vereinigten Staaten überholt. Die nationale kasachische Ölgesellschaft Kazmuniagaz will noch im Jahr 2004 mit dem Bau eines gigantischen Pipeline-Projekts beginnen. Bereits im Juli oder August sollen die Arbeiten am längsten Abschnitt der Ölleitung beginnen und voraussichtlich zwei Jahre dauern. Seit Jahren bestehen Pläne, eine knapp 3000 km lange Pipeline quer durch Kasachstan

²⁰ vgl.: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Kaukasus/bimboes.html>, 02.05.2004

²¹ <http://www.networkingnewsletter.org.uk/44/pipeline.html>

²² Mac Farlane, S. Neil: Amerikanische Politik in Zentralasien und im Transkaukasus, in: Erhardt, 1998.

nach Westchina zu bauen, geht es nach den Betreibern, so soll diese im Jahr 2006 fertig gestellt sein.²³

3.3 Paktbildung im Süd-Osten

Beobachter sehen bei einer weiteren Isolation Russlands durch die westliche Staatengemeinschaft ein mögliches Heranwachsen eines Dreierbündnis Russland-Indien-China. Damit drohe ein neuer „Ost-West-Konflikt“, verbunden mit einer rasant wachsenden Aufrüstung. Bei diesem Konflikt würde es dann wahrscheinlich vordergründig um fossile Energieressourcen gehen. Dafür spricht die Tatsache dass der weltweite Verbrauch fossiler Energie, bleibt er so hoch wie bisher, ohne jeden Zweifel in den nächsten 20 bis 30 Jahren auf jenen Bereich zusteuern wird, in dem sich die Kurven abnehmender Verfügbarkeit und hohen Verbrauchs immer näher kommen und schließlich kreuzen.²⁴

Die Türkei ist sich ihrer geostrategischen Schlüsselrolle durchaus bewusst und wird durch das sich bereits in Bau befindliche Pipeline-Projekt Baku-Ceyhan als Transitland für Öl zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es scheint als würde die Vorherrschaft um die beste Ausgangsposition zur Förderung der Ölreserven wie ein Wettrennen um Einfluss der Staaten USA, China, Russland und dem Iran. Das Jahr 2004 wird ein entscheidendes für die weitere Entwicklung der Türkei, nämlich dann, wenn die Kommission aufgerufen ist, über den weiteren Status des Beitrittswerbers zu entscheiden. Lehnt man den Beginn von Beitrittsverhandlungen ab oder wird dieser auf unbestimmte Zeit verschoben, ohne Nennung eines konkreten Datums, dann besteht die Gefahr, dass ein politisches und wirtschaftliches Heranrücken an die Länder im Süd-Osten die Folge ist. Ein mächtiger Militär, General Tuncer Kilinc, brachte diese Option mit einer gewagten Aussage erneut ins Spiel. Er meinte, dass die EU als „Christenclub“ gar nicht an einem Beitritt der Türkei interessiert sei und deshalb eine strategische Allianz mit Russland und dem Iran zu forcieren sei.²⁵ Die traditionell starken Militärs haben durch die eingeleiteten Reformen stark an Macht und Einfluss verloren und es ist zu erwarten, dass ein Widererstarken nach einer möglichen Absage der EU und eine geopolitische wie geostrategische Neuausrichtung die logische Folge wäre. Eine Perspektive der vor allem die USA mit allen Mitteln entgegen zu wirken versucht, ist doch die Türkei als NATO-Partner der wichtige Partner in der Region, nicht nur wegen des Pipeline Baus, auch aus militärischer Sicht, als Stützpunkt und Flanke in Richtung Russland, Iran, China und Indien. Die USA machen auch keinen Hehl daraus und werben laut für einen raschen Beitritt

²³ vgl. : http://www.russlandaktien.info/Firmen_Kaspi/PKZ/body_pkz.html, 13.05.2004

²⁴ Scheer, Hermann: Es droht das größte Gemetzel seit Menschengedenken, in: Frankfurter Rundschau, 9.10.1999

²⁵ vgl. Tausch, Arno: S. 21

der Türkei zur EU, nicht aus Selbstlosigkeit sondern weil sich dann hauptsächlich die EU um Stabilität und wirtschaftliche Prosperität des Landes zu kümmern hätte und die geplanten Öl- und Gastransporte in weiterer Folge sicher zum Hafen in Ceyhan gebracht werden könnten.

4. Fazit

Die EU-Wahl droht in manchen Ländern zu einer emotionalen Schlammschlacht gegen einen möglichen Beitritt der Türkei zu werden. Dies ist nicht nur ein zwischenmenschlich trauriges Szenario, sondern vor allem sicherheitspolitisch und sachpolitisch ein Fehler. Die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung sind ernst zu nehmen und angesichts der Tatsache, dass diese Diskussion kurz nach dem Beitritt zehn neuer Staaten geschieht, auch verständlich. Die Türkei würde als 60 Millionen Einwohner Staat Deutschland als bevölkerungsreichstes Land ablösen und genau diese große Menschenmasse bereitet dem europäischen Arbeitsmarkt Sorgen. Betrachtet man aber die Fakten, so sieht man, dass im Rahmen von Beitrittsverhandlungen Übergangsbestimmungen festgelegt werden würden, die offene Grenzen und ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit nicht vor 2020 realistisch erscheinen lassen. Der entscheidende Punkt ist für den Autor aber die sicherheitspolitische Stabilisierung der Region des östlichen Mittelmeers, des mittleren Ostens, des Kaukasus und der zentralen Stellung der Türkei für die Balkanregion. Eine verlässliche, konsequente und nach verbindlichen Zielvorgaben agierende Türkei muss im Interesse Europas sein. Es wäre fatal wenn sich die Türkei aufgrund jahrzehntelangen Hinhaltens von seiner pro-westlichen Ausrichtung abwenden und ein südost-asiatisches Bündnis, wie oben skizziert, wählen würde.